LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN
9. Wahlperiode

Drucksache 9/42
28.10.2026
(Termin zur Beantwortung gemäß § 64 Absatz 1 GO LT: 11.11.2026)

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Christian Skotnik, Fraktion der AfD

Auswirkungen des Pflegeneuordnungsgesetzes auf Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1 in Mecklenburg-Vorpommern

Der vom Bundeskabinett beschlossene Entwurf des Pflegeneuordnungsgesetzes sieht vor, den bisherigen Entlastungsbetrag für Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1 entfallen zu lassen. Anerkannte Anbieter zur Unterstützung im Alltag warnen deshalb vor Versorgungslücken und wirtschaftlichen Folgen. Nach der aktuellsten verfügbaren Pflegestatistik lebten zum 15. Dezember 2023 beispielsweise 22.099 Menschen mit Pflegegrad 1 in Mecklenburg-Vorpommern, die grundsätzlich anspruchsberechtigt für den Entlastungsbetrag sind. Wie viele diesen tatsächlich in Anspruch nehmen, ist aus den veröffentlichten Landesstatistiken nicht ersichtlich.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung darüber, in welchem Umfang Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1 in Mecklenburg-Vorpommern den Entlastungsbetrag für anerkannte Angebote zur Unterstützung im Alltag nutzen?

2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu den wirtschaftlichen Folgen eines Wegfalls des Entlastungsbetrages für entsprechende Anbieter in Mecklenburg-Vorpommern vor?

3. Welche Hinweise auf drohende Einschränkungen, Personalabbau oder die Aufgabe von Angeboten sind der Landesregierung oder den zuständigen Behörden hierzu bislang bekannt geworden?

4. Welche Position vertritt die Landesregierung zum Wegfall des Entlastungsbetrages für Pflegegrad 1?
   Welche Änderungen hat sie hierzu im bisherigen Gesetzgebungsverfahren gegenüber dem Bund gefordert?

5. Welche landesrechtlichen oder finanziellen Möglichkeiten prüft die Landesregierung, um Unterstützungsangebote für Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1 zu erhalten, falls die vorgesehene Regelung unverändert in Kraft tritt?

Christian Skotnik, MdL